

6. Das „allgemeine“ DP-Lager in Auerbach

(Konzept: Dietrich Kohlmannslehner¹)

In Bensheim-Auerbach, direkt am Bahnhof, wurde ein Lager für nicht jüdische DPs eingerichtet, das bis in die Fünfziger Jahre existieren sollte (siehe nachfolgendes Foto). Inzwischen ist das Gelände mit Wohnhäusern bebaut.

Vor allem für das Jahr 1950 liegen mehrere amtliche Schreiben vor, die erkennen lassen, daß dieses "Ausländerlager" Stein des Anstoßes für Bürgermeister Treffert war. Mehrfach beschwerte er sich bei der amerikanischen Militärverwaltung und deutschen Behörden über dieses Lager und die davon ausgehende Kriminalität, und die Gefährdung der Bevölkerung durch Geschlechtskrankheiten.

Es gab am 9. Februar 1949 eine Razzia durch 70 deutsche Polizisten, bei denen Kohle in größeren Mengen, ein geschlachtetes Schwein aber auch Genußmittel in geringen, durchaus normalen Mengen gefunden und beschlagnahmt worden waren. Am Tage zuvor sei eine Durchsuchung des Lagers am Widerstand der Insassen gescheitert. Es wurden 27 Personen vorläufig festgenommen, 16 nicht zum Lager gehörige Frauen wegen Verdachts auf Geschlechtskrankheiten dem Gesundheitsamt Heppenheim vorgeführt. Aus dem Report der Polizei an den Regierungspräsidenten in Darmstadt ist eine gewisse Befriedigung heraus zu hören, die nur dadurch getrübt ist, da man sich einen noch größeren Erfolg versprochen habe, wenn nicht das Darmstädter Echo in ihrer Ausgabe 33 auf die geplante Aktion hingewiesen hätte. Die Aktion sei nach § 109 Strafgesetzbuch durchgeführt worden. Es ist erstaunlich, daß die deutsche Polizei bereits zu dieser Zeit offenbar offiziellen Zugang zu diesem Lager hatte und diese der deutschen Gerichtsbarkeit unterstanden, wie in einem Schreiben des Staatsbeauftragten für Flüchtlingswesen hervorgeht. Bürgermeister Treffert als Ortspolizeibehörde hatte sich beim Landrat beschwert, daß die Lagerinsassen unter die sehr milde amerikanische Militärgerichtsbarkeit fielen. Die jüdischen DP-Lager hatten allerdings ihre eigene Polizei und Gerichtsbarkeit, obwohl es dort auch immer wieder zu Übergriffen der deutschen Polizei kam, teilweise sogar mit schweren Folgen.

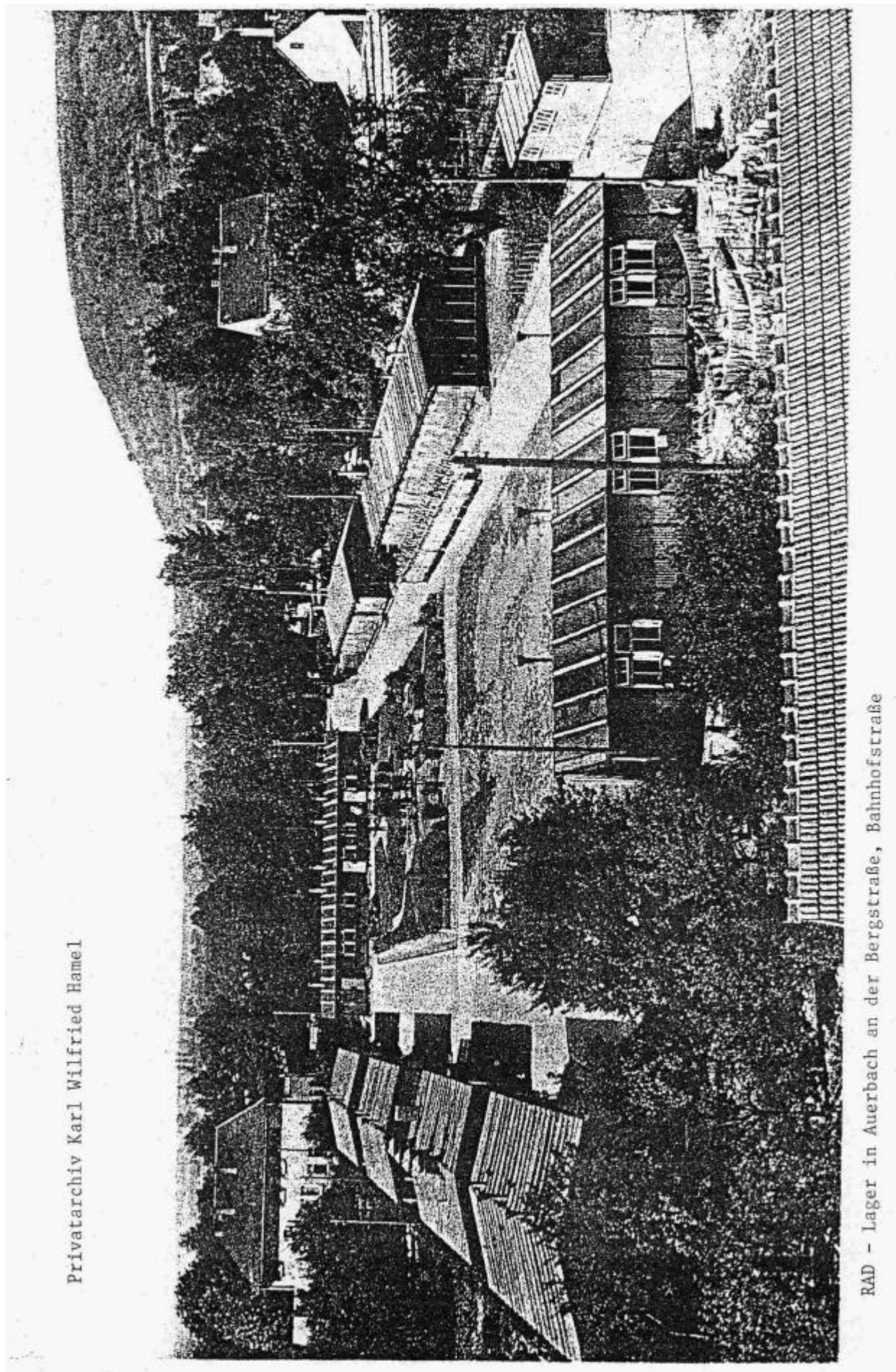
In diesem Lager waren offenbar DPs verschiedener Länder untergebracht, so daß dort keine Homogenität herrschte wie im jüdischen DP-Lager. Diese Menschen, die in vielen Fällen auch nicht in ihre Ursprungsländer, die teilweise im Westen lagen, zurückkehren wollten, hatten keine einheitlichen Zukunftspläne. Manche wollten nach Übersee emigrieren, andere waren aus ihren westlichen Ursprungsländern, in die sie wieder nach dem Kriege gebracht worden waren, wieder ins Lager zurückgekehrt.

Nach Gründung der Bundesrepublik ging 1950 die Verwaltung der DP-Lager auf deutsche Behörden über. DPs wurden zu "heimatlosen Ausländern" mit minderen Rechten. Inzwischen waren alle jüdischen DP-Lager in Südhessen aufgelöst, aber nicht diese Ausländerlager, deren Insassen offenbar schwer zu integrieren waren.

1950 wehrte sich die Stadt Bensheim, unterstützt durch den Landrat, gegen die Einweisung von 600 Nationaltschechen. Am 12. 05. fand eine Protestversammlung mit Entschließung statt, in der auf die besondere Problematik hingewiesen wurde, daß es sehr viele sudetendeutsche Flüchtlinge gäbe, denen man ein Zusammenleben mit Tschechen nicht zumuten könne. Auch national gesonnene Tschechen hätten die Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland gutgeheißen.

Auch der Landrat des Kreises Dieburg protestierte gegen die mögliche Einweisung dieser Tschechen ins Lager Babenhausen, hatte damit aber weniger Erfolg. Schließlich sprach der US-Landeskommissar für Hessen James R. Newman als Vertreter des Amerikanischen Hohen Kommissars an Ministerpräsident Stock ein Machtwort, die Aufnahme dieser Tschechen nicht mehr aufzuschieben und wies die Babenhäuser Kaserne als Unterkunft an.

¹ Unveröffentlichtes Manuskript 1997



RAD - Lager in Auerbach an der Bergstraße, Bahnhofstraße

Die nachfolgenden Meldeblätter, die u.a. von DP-Lagerbewohnern in Auerbach ausgefüllt werden mußten, um eine deutsche Kennkarte zu erhalten, geben besonders hinsichtlich Herkunft und Lebensweg im Zeitraum 1939-1950 einen anschaulichen Eindruck von den für uns nur schwer nachvollziehbaren Einzelschicksalen, die hinter den Zahlen, z.B. den Tausenden in Bensheim und Auerbach untergebrachten „Displaced Persons“ zu verschwinden drohen. Einige Hundert dieser Meldeblätter gehören zum Bestand des Stadtarchivs Bensheim.

Meldeblatt für die polizeiliche Registrierung und die Ausstellung einer deutschen Kennkarte

1. Familienname: Vornamen: (Rufnamen unterstreichen)
 bei Ehefrauen — geb. ✓ verw. gesch.
 Sondername¹⁾: ✓

2. Geboren am 10. August 1921. (Monatname ausschreiben)

3. Geburtsort: Sarajevo, (in öftigen Fällen Kreis, Regierungsbezirk und, wenn Anwendung findet, Name der Gemeinde)

4. Familienstand: led. — verh. — verw. — gesch. —*). Bei bestehender Ehe: Eheschließung mit
 am in

5. Jetziger Beruf: Bauarbeiter Evtl. früherer Beruf: Automobilfahrer

6. Wohnort: Bensheim-Auerbach Seit wann? 29.4.1948.
 Wohnung: Regierungslager (Straße, Hausnummer)

7. Staatsangehörigkeit²⁾: kroatisch (widrige, attliche Erklärung)

8. Wohn- und nicht nur vorübergehende Aufenthaltsorte seit 1. 9. 1939, ausgenommen Wehrdienst:
 (Wenn nötig, besonderes Blatt beifügen)
 vom 1939 1940 bis 1945 1946: Sarajevo
 1943 1945: deutsches Wehrmacht
 vom 1945 1946 bis 1947 1948: Italien/Fiumini, Famiglia
 vom 1947 1948 bis April 1948 1949: Lager Bieleburg/Hessen
 vom 1948 bis 1949:

9. An polizeilichen Inlandsausweisen besitze ich heute:
 ausgestellt am von
 (Art) ausgestellt am von
 (Art) ausgestellt am von

10. Bescheinigung d. Nr. über die
 am 1946 erfolgte Abgabe des Meldebogens zur Durchführung des Gesetzes über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus lege ich vor.
 Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

2. Lichtbilder sind angeschlossen.

Bensheim-Auerbach, den 17. Juli 1948.

T. : *)

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

²⁾ Hier ist ein etwaiger Schriftsteller-, Theater-, Künstler- und Artistenname sowie bei Geistlichen und Ordensangehörigen der in dieser Eigenschaft etwa geführte besondere Name anzugeben.

³⁾ Bei mehrfacher Staatsangehörigkeit sind sämtliche Staatsangehörigkeiten anzugeben.

⁴⁾ Stellt der gesetzliche Vertreter des Kennkarlenbewerbers den Antrag, so ist der Unterschrift hinzuzufügen: „Als gesetzliche Vertreter des (der) ...“

A (für die polizeiliche Meldebehörde)

(Familienname) _____ (Vorname) _____

Meldeblatt für die polizeiliche Registrierung und die Ausstellung einer deutschen Kennkarte

1. Familienname: Vornamen: (Vornamen unterstreichen)
 bei Ehefrauen — geb. / . verw. gesch.
 Sondername¹⁾: / .
 2. Geboren am 17. Dezember 1909 (Monatname auszuhören).
 3. Geburtsort: 1. Pećigrad, 2. Rastin, 3. Jugoslavien
 4. Familienstand: led. — verh. — verw. — gesch. — *). Bei bestehender Ehe: Eheschließung mit
 XXX XXX XXXX am in
 5. Jetziger Beruf: ohne Beruf Evtl. früherer Beruf: Religionslehrer
 6. Wohnort: Benesheim-Auerbach Seit wann? 27. 4. 1948.
 Wohnung:
 7. Staatsangehörigkeit²⁾: Jugoslavisch (Ländesstattliche Erklärung) Angeklagt
 8. Wohn- und nicht nur vorübergehende Aufenthaltsorte seit 1. 9. 1939, ausgenommen Wehrdienst:
 (Wenn nötig, besonderes Blatt beifügen!)

| | | | | |
|---------------------------------------|------------------------|----------------|-----|--------------------------|
| vom 1939. | 194 | bis 1940. | 194 | : Srebrenica |
| vom 1940. | 194 | bis 1941. | 194 | : Kladanj |
| 1941. | | 1942. | | : Ljubia |
| vom 1942. | 194 | bis 1942. Juli | 194 | : Przemoř |
| vom 1942. Juli | 194 | bis 1942. Dez. | 194 | : Jajce |
| vom 1942. Dez. | 194 | bis 1944. Juli | 194 | : Tuška |
| 9. An polizeilichen Ausweisen besitze | 1945. Mai | | | Derventa |
| 1945. | 1946. Mart | | | Österreich/Wlsberg, Elag |
| 1946. Mart. | ausgestellt 1947. Okt. | | von | Italien, Modena, Bagnel |
| 1947. Okt. | 1948. Apr. | | von | Dieburg/Hessen |
| (Art) | ausgestellt am | | von | |
| (Art) | ausgestellt am | | von | |

 10. Bescheinigung d.

10. Bescheinigung d. Nr. über die
am 1946 erfolgte Abgabe des Meldebogens zur Durchführung des Gesetzes über die
Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus lege ich vor.
Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

2 Lichtbilder sind angeschlossen.

Bonhoeffer-Archiv, den 15. Juli 1948

⁸ See also the discussion in *International Journal of Law and Justice*, 1993, 6, 1, pp. 1-16.

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

¹⁾ Hier ist ein etwaiger Schriftsteller-, Theater-, Künstler- und Artistenname sowie bei Geistlichen und Ordensangehörigen der In dieser Eigenschaft etwa geführte besondere Name anzugeben.

²⁾ Bei mehrfacher Staatsangehörigkeit sind sämtliche Staatsangehörigkeiten anzugeben.
³⁾ Stellt der gesetzliche Vertreter des Kennkartenbewerbers den Antrag, so ist der Unterschrift hinzuzufügen: „Als gesetzlicher Ver- treter des Angehenden“.

Kr. 134. 20 000. 2. 45
Regierungspräsident Darmstadt — Materialverwaltung

(Quelle für alle Meldedokumente: Archiv des Kreises Bergstraße, Heppenheim, VIII Nr. 29)

B (zur Ausstellung der Kennkarte)

**Meldeblatt für die polizeiliche Registrierung
und die Ausstellung einer deutschen Kennkarte**

1. Familienname: [REDACTED] Vorname: [REDACTED] (Vorname) (Familienname unterstreichen)

bei Ehefrauen - geb. verw. gesch.

Sondername¹⁾

2. Geboren am 18. Juni 1928 (Monatsname ausschreiben)

3. Geburtsort: Tannenlin (wenn nötig Kreis, Regierungsbezirk und, wenn "Ausland, Staat")

4. Familienstand: led. verheiratet *) Bei bestehender Ehe: Eheschließung mit _____ am _____ in _____

5. Jetziger Beruf: Mechaniker Evtl. früherer Beruf:

6. Wohnort: Bensheim a.d.B. Seit wann? 16. Nov. 1953

Wohnung: Darmstädterstrasse 4 (Straße, Hausnummer)

7. Staatsangehörigkeit²⁾: Polen - ungeklärt

8. Wohn- und nicht nur vorübergehende Aufenthaltsorte seit 1. 9. 1939; ausgenommen Wehrdienst:
(wenn nötig, besonderes Blatt beifügen)

vom 1. Sept. 1939 bis Oktober 1940: Sosnowitz/Polen

vom Oktober 1940 bis Dez. 1942 c 1940: Grossarne/O.-S., Zw.-Arb-Lag

vom Januar 1942 bis Februar 1945: Burslau/O.-S., Zw.ArB.-Lag

vom März 1945 bis 15.4.1945: Bergab- Belsen Kz.
anschl. in Bergen Belsen im Krankenhaus u. DP-Lager

Oktober 1946: anschl. bis 24. Mai DP-Lager Limpertheim

anschl. bis 30. April 1950 bei IRO Bensheim, Darmstädterstr. 17

(Art) ausgestellt am von _____
(Art) ausgestellt am von _____

10. Bescheinigung d. [REDACTED] über die
am 1946 erfolgte Abgabe des Meldebogens zur Durchführung des Gesetzes über die
Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus lege Ich vor.

Ich versichere, daß Ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.
2 Lichtbilder sind angeschlossen.

Bensheim

, den 16. Nov. 1953

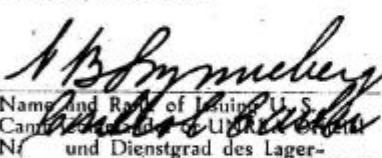
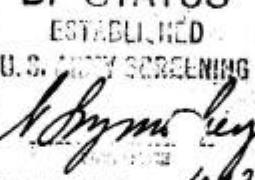
*) Nichtzutreffendes/ist zu streichen.

*) Hier ist ein etwaiger Schriftsteller-, Theater-, Künstler- und Artistenname sowie bei Geistlichen und Ordensangehörigen der in dieser Eigenschaft etwa geführte besondere Name anzugeben.

*) Bei mehrfacher Staatsangehörigkeit sind sämtliche Staatsangehörigkeiten anzugeben.

*) Stellt der gesetzliche Vertreter des Kennkartenbewerbers den Antrag, so ist der Unterschrift hinzuzufügen: „Als gesetzliche Vertreter des (der) ...“

**DP-Ausweis, der zu Identifikationszwecken und für die Ausgabe von Verpflegung
immer mitgeführt werden mußte.**

| | | |
|--|------------------------------|--------------------------|
| 114790 * | | D. P. |
| Identification Card | | |
| Name _____ | Date of birth 17.8.25 | Age 23 |
| Name _____ | Geburtsdatum _____ | Alter _____ |
| Height 173 | Weight 68kg | Hair Blond |
| Größe _____ | Gewicht _____ | Eyes blue |
| Nationality Polish | DP Registration No. _____ | DP Registratur No. _____ |
| Nationalität _____ | _____ | |
| DP Signature / DP Unterschrift | | |
| Scars or identifying marks Narben oder besondere Merkmale | _____ | |
|  Fingerprint R. Thumb Fingerabdruck R. Daumen | | |
| Issued at Ludwigsburg Camp No. 1002 Date 15.8.47 Ausgestellt in No. des Lagers Datum | | |
| Repatriated to _____ Rücktransportiert nach _____ | Date _____ Datum _____ | |
|  DP STATUS ESTABLISHED U. S. ARMY SCREENING  UNRRA TEAM NO. 1002 Official Stamp 15.8.47 Authorised Stempel | | |
| Validation date 15.8.47 Gültigkeitsdatum | | |

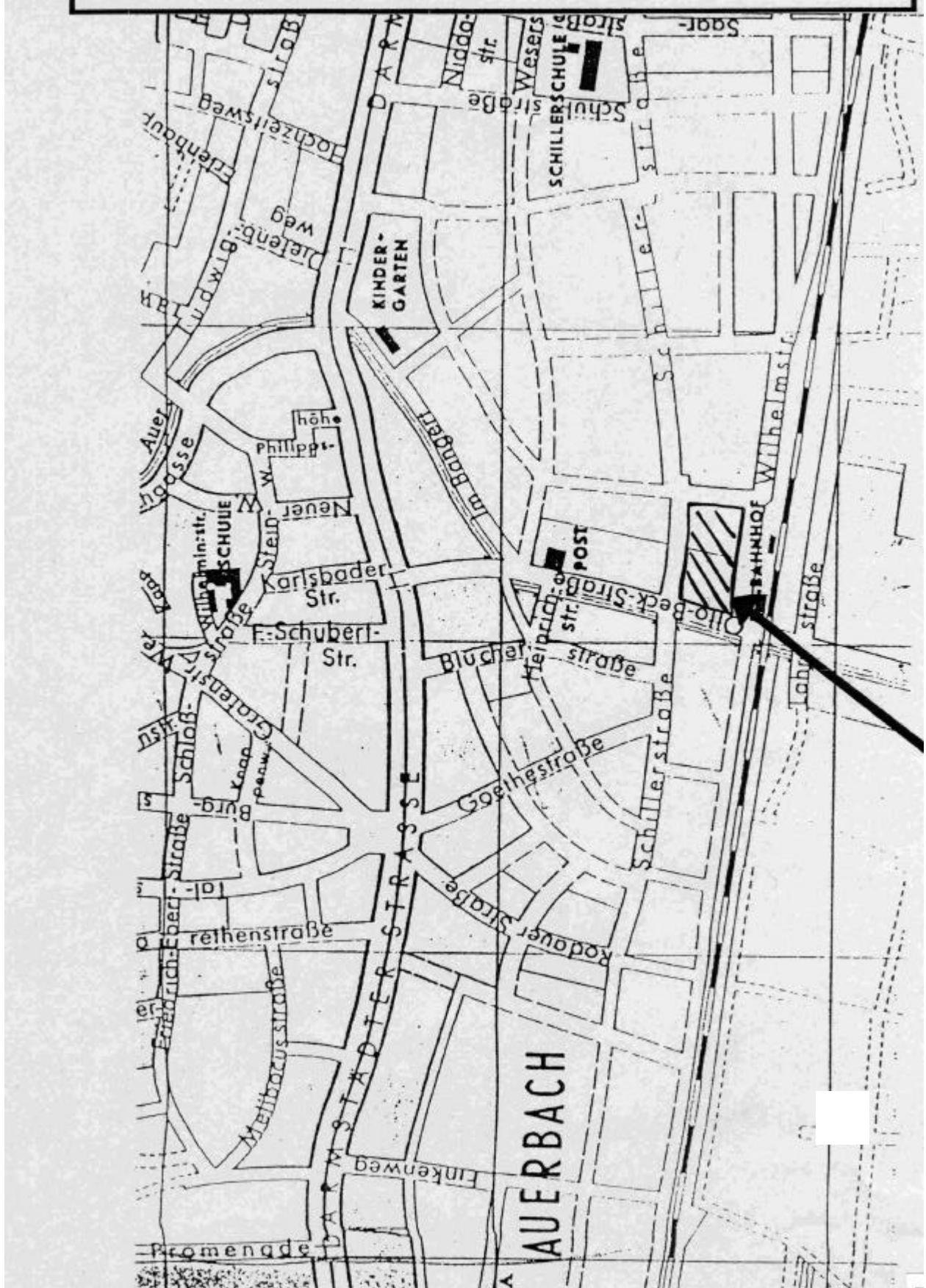
INSTRUCTIONS.

1. Repatriation and validation entries must be authenticated with official stamp.
2. This card valid only at D.P. camp or place where issued.
3. This card must be carried on the person at all times.
4. THIS CARD MUST BE PRODUCED IN ORDER TO DRAW MONTHLY RATION CARD.

ANORDNUNG.

1. Rücktransport- und Gültigkeitsvermerke müssen mit amtlichen Stempeln beglaubigt werden.
2. Diese Karte ist nur in dem D.P. Lager gültig, in dem sie ausgestellt wurde.
3. Diese Karte muß man immer mit sich führen.
4. DIESE KARTE MUSS ZUR MONATLICHEN LEBENSMITTEL KARTENAUSGABE VORGEZEIGT WERDEN.

6.1 Lagerplan: Lage und Fläche des Auerbacher DP-Lagers



(Lageplan: Archiv der Stadt Bensheim, 1957)

6.2 Das Lager in den Akten der amerikanischen Militärverwaltung

Die vorliegenden Akten der amerikanischen Militärverwaltung wurden, soweit in englischer Sprache, übersetzt und teilweise zusammengefasst. Bei Zusammenfassungen sind die Anführungszeichen weggelassen.

Ein Bericht aus den OMGUS - Akten, der die behördliche Sicht des Hungerstreiks im Lager Bensheim - Auerbach zeigt. (Zusammenfassung) Der Verfasser ist uns nicht bekannt.

An Herrn Regierungsdirektor Ahl Betr.: Hungerstreik im Regierung - Durchgangslager Bensheim - Auerbach.
25.Januar.1949

Bei der Essensausgabe am Sonntag, dem 23. Januar, bemerkte die Lagerleitung zum 1. Mal Anzeichen eines Hungerstreikes, da der angerichtete Kartoffelsalat nicht abgeholt wurde. Am Montag, dem 24 Januar, konnte das Mittagessen - es gab Bohnensuppe - deshalb nicht abgeholt werden, weil verschiedene der männlichen Lagerinsassen (Polen und Kroaten) sich vor der Küchenbaracke aufstellten und gegen alle diejenigen, die ihr Essen in Empfang nehmen wollten, eine drohende Haltung einnahmen.

Hierdurch eingeschüchtert, holte niemand das Essen ab. In der Befürchtung, dass Tötlichkeiten entstanden, sah die Lagerleitung davon ab, dass Essen auszugeben. Von der zuständigen Polizeistation wurden zwei Beamte angefordert, die im Lager verblieben.

Am Nachmittag verhandelte eine von den Lagerinsassen bestimmte Kommission mit dem Lagerleiter Weisske, um ihre Forderungen durchzusetzen. Bei meinem Eintreffen in Auerbach, um ca. 15.30 Uhr, waren diese Verhandlungen beendet und nach Angabe der gerade abrückenden Polizeibeamten der Streik aufgegeben. Ich habe mich bei der Lagerleitung informiert, welche Gründe die Lagerinsassen zum Streik bewogen haben und dabei folgendes erfahren:

- 1. Das Essen wurde in qualitativer und in quantitativer Hinsicht beanstandet.**
- 2. Das Brot soll nach Angabe der Insassen im freien Handel besser als das Lagerbrot sein.**
- 3. Der Kartoffelsalat am Sonntag soll schlecht gewesen sein.**
- 4. Im Lager sei keine Gelegenheit zum Baden.**
- 5. Die Entrichtung einer Gebühr von DM 2.— pro Tag für Verpflegung der Lagerinsassen, die in Arbeit stehen, wird von diesen abgelehnt.**

Dieser letzte Punkt erscheint mir als der Wichtigste, so daß ich den Streik der Ausländer als einen reinen Sympathiestreik für die in Arbeit Stehenden ansehe. Zu diesem letzten Punkt sind folgende Ausführungen nötig:

- Nach einem Erlass des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt hat jeder Lagerinsasse,
- der in Arbeit steht, einen Teil seiner Verpflegung zu bezahlen.
- Als Gebühr pro Tag wurden DM 2.— festgesetzt.
- Diese Angabe ist zum wiederholtem Male von den in Arbeit stehenden angemahnt
- jedoch nie entrichtet worden.

Der Lagerleiter Weisske ist deshalb von mir letztmalig aufgefordert worden, diese Gebühr nunmehr von diesen Lagerinsassen einzuziehen, was jedoch nicht gelang. Es muß angeführt werden, daß von den 340 Verpflegungsteilnehmern im Lager **nur 13**

einer geregelten Arbeit nachgehen.²

Übersetzung aus den OMGUS - Akten ins Deutsche, über die kriminellen Aktivitäten im Auerbacher Lager.³

"Betreff.:Polen im Flüchtlingslager in Bensheim –Auerbach“ 08.April.1949

Klassifikation: Geheim

Die kriminellen Vorfälle im Flüchtlingslager, verursacht von der polnischen Gruppe, bleiben weiterhin hoch. Die Polizei hat sich darauf konzentriert die verantwortlichen Personen in Haft zu nehmen, bis jetzt ohne Ergebnisse. Als neue Massnahme wurde an die Kreispolizei zivile Kleidung verteilt. Die Männer wurden in der Nacht um das Lager postiert, in der Hoffnung einige von denen festzunehmen, die die gestohlenen Güter in das Lager einschmuggeln. Man war bis jetzt in der Lage einen Polen festzunehmen, welcher aus dem Lager fliehen wollte.

In dieser Nacht passierte Folgendes:

Die Polen und Kroaten hatten in ihren Baracken übermäßig Alkohol konsumiert, daraufhin entstand ein Streit zwischen den beiden Gruppen. Zwei Polen wurden gewalttätig, einer von ihnen schmiss ein Fenster ein und drohte mit einer Axt. Der andere Pole schlug einen Kroaten mit einem drei Fuss langem Brett an den Kopf, und schnitt ihm dabei die Hälfte seines Ohres ab. Daraufhin flohen die Polen aus dem Lager, um weitere Streitigkeiten zu vermeiden.

Die polnische kriminelle Gruppe besteht aus etwa 12 Polen, die alle der deutschen Polizei durch einen Informanten bekannt sind. Sie bringen nur so viel von den gestohlenen Guten in das Lager, wie sie konsumieren oder verkaufen können.

Der Mann, der das Barackenfenster einschlug, ist verschwunden. Es wird aber erwartet, daß er festgenommen wird, wenn er zurückkehrt. Er hat den Namen HITLER an das Lager geschmiert. Er ist der meistgefährliche Charakter im Lager. Er hat das private Quartier des deutschen Anklägers (Herr Jürgens) vom MG -Gericht in Darmstadt mit einer Handgranate bedroht, von welcher bekannt ist, daß er sie auch wirklich besitzt. (...)

Es ist empfohlen worden, die Bemühungen zu verlängern um die Polen aus dem Lager zu beseitigen."

Bericht über das Flüchtlingslager in Bensheim -Auerbach vom 03.02.1949.

Bei dem folgendem Interview handelt es sich um ein Gespräch zwischen den Verantwortlichen und einem Insassen des DP - Lagers.

Die Insassen fühlen sich vernachlässigt und schlecht behandelt.

Beteiligte am Interview.:

- Mr.Radigan (CASO Darmstadt)
- Mr.Koppelmeier (Military Government, Offizier, Bergstrass
- Dr.Nahm (Ministerium für Arbeit, Wiesbaden)
- ein Insasse des Flüchtlingslagers in Bensheim-Auerbach

² Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 12 Heppenheim, Nr. 8, 18, 16

³ Akten der US-Militärverwaltung (OMGUS), Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 31 Heppenheim

- Dr.Nahm: **Worüber beschweren Sie sich?**
- Insasse: **Wir möchten arbeiten., aber wir bekommen keine Arbeit**
- Dr. Nahm: **In zwei Wochen werden wir für die, die arbeiten wollen Arbeit haben.**
Wären Sie bereit eine Arbeit zu akzeptieren, die irgendwo - zum Beispiel in der britischen Zone oder im Ruhrgebiet liegt?
- Insasse: **Ja, das macht keinen Unterschied.**
- Dr. Nahm: **Wenn weniger Menschen im Lager sind, wird sich die ganze Lage verbessern.**
Ich bitte Sie darum Ihre Kameraden zu beeinflussen, jede Art von Arbeit zu akzeptieren, die wir Ihnen anbieten können.
- Insasse: **Ich bin davon überzeugt, daß sie jede Art von Arbeit annehmen werden.**
- Dr. Nahm: **Sie teilen Ihre Situation mit vielen deutschen Bewohnern.**
Sie können nicht länger um den Beistand der Amerikaner bitten.
- Insasse: **Ich bin mir dessen bewusst, aber ich protestiere gegen die Art und Weise, wie die deutsche Polizei uns behandelt. Es gab einen Käfig, in welchem die Polizei uns mit Schlagstöcken mißhandelte.**
- Mr Radigan: **Wann schlug Sie die deutsche Polizei mit Schlagstöcken?**
- Insasse: **Im Herbst 1948 - es war in der Nacht.**
Sie gingen in das Zimmer Nummer 10 und schlugen die Polen, die in dieser Zeit dort untergebracht waren.
- Dr Nahm: **Warum berichteten Sie nicht früher davon?**
- Insasse: **Wir berichteten den Vorfall direkt an das Military-Governement in Heppenheim.**
- Dr.Ahl: **So weit ich weiß wurde der verantwortliche Chef übel zugerichtet. Haben Sie irgendwelche andere Beschwerden?**
- Insasse: **Unser Essen ist schlecht:**
- Dr. Ahl: **Sie bekommen alles, worauf Sie Anspruch haben.**
- Insasse: **Das bezweifle ich. Ich habe gehört, daß der Koch des Lagers der Eigentümer eines Essen - Lagerhauses ist. Man könnte annehmen, daß das Essen vom Lager auch dort ist.**
- Dr. Ahl: **Der Koch ist nicht der Besitzer eines Essen-Lagerhauses.**
Das Essen ist sorgfältig gewogen und in speziellen Büchern registriert.
- Dr. Nahm: **Haben Sie irgendwelche anderen Probleme?**

- Insasse: **Wir haben nicht genug zum Anziehen.**
- Dr. Ahl: **Wir haben schon 8000 Mark für Flüchtlingskleidung gespendet. Momentan ist es uns unmöglich weitere Spenden zu geben. Wir haben kein Geld.**
- Insasse: **Dann gibt es deutsche Frauen, die regelmäßig über Nacht in das Lager kommen.**
- Dr. Ahl: **Wir werden über all' diese Probleme im Detail sprechen, wenn wir das Lager besuchen.**

Den nachfolgenden Zeitungsartikel, den wir in den OMGUS-Akten im Staatsarchiv Darmstadt fanden, beschreibt den Anlass für einen Hungerstreik im DP-Lager⁴

Die 200 Insassen des sogenannten Flüchtlings - Durchgangslagers Bensheim an der Bergstrasse befinden sich seit Montag früh im Hungerstreik. Ursache ist die angeblich nicht ausreichende und schlechte Verpflegung. Die Streikenden sind Ausländer, die von den Alliierten nicht als Verschleppte anerkannt wurden, meist Leute, die in der deutschen Wehrmacht oder in der SS dienten. Es sind überwiegend Ungarn, Kroaten (Jugoslawen) und Ukrainer, aber auch Polen, Rumänen und Türken leben dort mit ihren Familien. Das Lager untersteht den deutschen Behörden...

Die Lagerinsassen beschweren sich schon öfters darüber, daß die Verpflegung ungenügend sei. Das Brot, das sie bekämen, sei schlechter als das in Bäckerläden. Auch die Tatsache, daß Lagerinsassen, die in Arbeit stehen—es sind noch keine zwanzig— je Tag genau wie die deutschen Flüchtlinge zwei DM für die Verpflegung zahlen sollen, hat Anlass zu Klagen gegeben.

6.3 Das Lager in der Erinnerung von Zeitzeugen⁵

Das Kapitel beschreibt das Auerbacher Lager aus der Sicht von Anwohnern und ehemaligen Polizeibeamten. Es sind meist persönliche Erlebnisse mit dem Lager und in sofern subjektive Aussagen über das Lager und die Verhältnisse im Lager

Kripomitarbeiter S. sagte, dass sich ca. 17 Nationen im Lager befunden hätten. Zwangsarbeiter wären mit SS Leuten in einem Lager gewesen. Es hätte zahlreiche Diebstähle und viel Schwarzhandel gegeben. Der Schwarzhandel in den DP Lagern sei von ihm speziell zu kontrollieren gewesen. Das Diebesgut aus dem Auerbacher Lager sei manchmal auch im Bensheimer Judenlager (AKG) weder gefunden worden.

Schutzpolizist W. führte aus, dass sich das Lager im Bereich des ehemaligen Pioniersgelände (heute: Saarstraße/Karl-Marx-Str.) befunden hätte (unzutreffend, dort befand sich das amerikanische Depot, Kommentar der Autoren). Er bestätigte die vielen Diebstähle, die vom Auerbacher Lager ausgingen. Im Lager seien auch bestrafte US - Soldaten gewesen, vor allem Schwarze, u. a. wegen Übergriffen gegen die Bevölkerung, z. B. Vergewaltigungen.

⁴ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 649

⁵ Die Interviews wurden 1997 geführt.

Kripomitarbeiter B. berichtete auch von vielen Nationen und von der hohen Kriminalität im Lager. Allerdings seien die Schilderungen im "Darmstädter-Echo" damals übertrieben gewesen. Es hätte zwar Razzien gegeben aber nicht in diesem Umfang. Die deutsche Polizei hätte gemeinsam mit der amerikanischen MP alles im Griff gehabt. Die deutschen Polizisten seien bei den Razzien aber nie als „Nazi“ Polizei beschimpft worden. B berichtete auch, daß die Amerikaner hart gegen die Auerbacher DP's vorgingen. Die deutsche Bevölkerung hatte nichts gegen den Bestand der DP Lager. Man hatte aber Angst vor der hohen Kriminalität im Auerbacher Lager.

Der jetzige Ortsvorsteher von Auerbach, Karl-Wilfred Hamel, erinnerte sich daran, wie ein Bewohner des Auerbacher Lagers mit seinem Vater (Schumacher) einen "Pakt" geschlossen habe: Dieser repariere ihm die Schuhe, er wiederum sorge dafür, daß Hamels nichts geklaut würde.

6.4 Das Lager im Spiegel der Presse

Bei dem vorliegendem Text handelt es sich um einen aufschlußreichen Artikel vom 14.4.1949 aus dem „Darmstädter Echo“, in dem rückblickend die „Chronik“ des Ausländerlagers Bensheim Auerbach beschrieben wird.

, Ein Lager beunruhigt Bergstraße und Ried

Seit Monaten häufen sich die Meldungen über Diebstähle, Einbrüche und andere Vergehen, die den Insassen des sogenannten Regierungs-Auffang-Lagers in Bensheim – Auerbach zugeschrieben werden. Fast jede Woche findet die Polizei bei ihren Untersuchungen gestohlenes Gut in den Baracken der 230 Bewohner. Das Lager belastet die staatlichen und besonders die kommunalen Behörden mit einer zusätzlichen und keineswegs leichten Aufgabe; die Bevölkerung der Bergstraße hat Anlaß, eine baldige Verlegung oder Auflösung des Lagers zu wünschen.

Vom Bahnhof Bensheim - Auerbach sind es nur wenige Schritte bis zu den zehn Holzbaracken des Lagers, neben dem es in Hessen nur noch eines mit der gleichen Aufgabe in Eschwege gibt. Der gesamte Komplex ist nur von einem Drahtzaun umgeben, der unbeaufsichtigte Eingang ermöglicht jedem freien Zutritt. Äußerlich hinterläßt das Lager keinen sauberen und gepflegten Eindruck. In einer Baracke sind Lagerleitung und Sanitätsraum untergebracht, in einer anderen Küche und Gemeinschaftsraum, eine dritte ist Waschraum, eine vierte Toilette; in die restlichen sechs teilen sich die 230 Bewohner, unter denen sich etwa 40 Frauen und einige Familien mit Kindern befinden.

Nach dem Kriege bot das ehemalige RAD-Lager Flüchtlingen und Ausgewiesenen, danach illegalen Grenzgängern aus der Ostzone, entlassenen Kriegsgefangenen und ehemaligen Insassen des Internierten-Lagers Darmstadt vorübergehend Unterkunft. Im April 1948 wurde eine Anzahl Kroaten und Seihen aufgenommen, die aus dem aufgelösten Lager Dieburg stammten. Nach der Geldneuordnung setzte ein starker Zustrom von Polen ein, und das Auffang-Lager, in dem seit 15. November keine illegalen Grenzgänger aus der Ostzone mehr aufgenommen werden, wurde Ausländer-Lager. Gegenwärtig beherbergt es Angehörige aller Ost- und Balkanstaaten. Am stärksten sind die Polen vertreten, daneben leben hier größere Gruppen Kroaten, Ungarn und Rumänen. Über das oft harte Schicksal dieser meist jungen Menschen ist nur wenig bekannt. Viele sind ehemalige DPs - verschleppte Personen -, die durch ihre Betreuungsorganisation, die IRO (International Refugees Organisation), nach Frankreich, Belgien oder Holland in Arbeit vermittelt wurden, aber wieder nach Deutschland

zurückkehrten. Sie wurden nicht mehr in die Betreuung der IRO aufgenommen und nach einer einfachen Registrierung durch die amerikanischen Behörden an die deutschen Stellen gewiesen. Andere wieder - vor allem sind es Ungarn, Rumänen und Ukrainer - erklären, aus politischen Gründen ihrem früheren Vaterland den Rücken gekehrt zu haben. Durchweg sind die Insassen des Auerbacher Lagers Menschen, die seit Jahren ohne dauernde Beschäftigung in Deutschland und den Nachbarländern umherirren. Es ist ihnen - ob nun durch ihre eigene Schuld oder nicht - bis jetzt noch nicht gelungen, eine feste Beschäftigung und ein besseres Unterkommen zu finden; ihre größte Hoffnung ist die Emigration nach Übersee. Rund 90 Prozent der Lagerbewohner wollen auswandern und warten auf die Genehmigung ihrer Anträge.

Zunächst sind sie aber noch in Hessen, und hier muß man ihnen ein Unterkommen schaffen. Der staatliche Rechnungshof überweist der Lagerverwaltung Geldmittel für Verpflegung, Unterhaltung des Lagers und Arztkosten. Die Lagerinsassen erhalten die Rationen eines Normalverbrauchers. Manche Gruppen empfangen von privaten Organisationen in Amerika besondere Zuwendungen. Barmittel werden an die Lagerinsassen nicht ausgegeben. Die Verwaltung liegt in Händen einer, den deutschen Lagerleitung; die größeren Gruppen im Lager vertreten ihre Interessen durch ein gewähltes Komitee, das mit der Lagerleitung zusammenarbeitet. Mit dieser Organisation, unter diesen Verhältnissen besteht das Lager seit Sommer vergangenen Jahres, und von diesem Zeitpunkt an mehren sich die Meldungen über Vergehen und Verbrechen, deren Spuren zum Ausländer-Lager in Auerbach führen. Ohne Zweifel haben sich nicht alle seine Bewohner schuldig gemacht, aber die besonderen Verhältnisse des Lagers erschweren eine Ermittlung der einzelnen Täter. Die Statistiken, Beweisstücke, schriftlichen Protokolle und Unterlagen der Kriminalpolizei in Bensheim sprechen kein gutes Zeugnis. Fast täglich werden von Bergstraße, Odenwald und Ried neue Einbrüche gemeldet. Auf Grund ihrer Erfahrungen vermeidet es die Polizei, mit weniger als 16 bis 20 Mann das Lager zu betreten. Häufig wird die Polizei der gesamten Umgebung aufgeboten.

In den meisten Fällen wird wohl das gesuchte Diebesgut gefunden, aber nicht die Diebe. Die Ermittlungen scheitern am Verhalten der Lagerinsassen. Jeder leugnet den Besitz der gestohlenen Gegenstände; das enge Zusammenleben in der Lagergemeinschaft bringt es mit sich, daß Unbeteiligte eine Aussage zu Ungunsten ihrer Lagerkameraden unterlassen. Die Ausländer unterstehen bis jetzt nur dem amerikanischen Militärgericht. Sie können nur verurteilt werden, wenn sie auf frischer Tat gefaßt oder einwandfrei als Täter ermittelt wurden. Die Polizei tut ihr Möglichstes, aber das Kommando der Bensheimer Stadtpolizei ist zu klein, um das Lager zu jeder Stunde umstellen zu können. Auch können laufende Razzien allein nicht ausreichen, die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen.

Beim Gespräch mit Bewohnern des Lagers führen diese auf die Anschuldigungen ihrer Nachbarschaft eine Reihe von Gegenargumenten ins Feld. Die Ausländer werden von der Lagerküche mit drei Mahlzeiten versorgt. Sie erhalten außerdem Seifenkarten, Schuh- und Textilpunkte, aber kein Geld. Die Lagerinsassen sind durchweg ohne Einkommen und ohne nennenswerten Besitz; die Bezugsscheine sind für sie wertlos. Sie sollen ihre Stuben ausfegen, doch womit einen Besen kaufen; sie möchten sich einige Abwechslung schaffen, doch ohne Geld ist es nicht möglich. Nicht ohne Auswirkungen bleibt auch, daß die meisten seit Jahren einer dauernden Beschäftigung entwöhnt sind und - bestimmt nicht zu ihrer eigenen Zufriedenheit - in den Tag hineinleben.

Um eine entscheidende Besserung der Verhältnisse - namentlich für Bensheim und die Bergstraße - herbeizuführen, haben Stadtverwaltung und Polizei wiederholt Anträge bis an das Ministerium des Innern geschickt, in denen sie sich für eine Verlegung des Lagers aussprechen. Die Insassen sollten in einer Kaserne untergebracht werden, in der sie sich frei bewegen, aber nur durch eine kontrollierbare Pforte zu ihrer Unterkunft kommen können. Außerdem wird angeführt, daß sich Bensheim- Auerbach als bekannter Kurort den schlechten

Namen, den es als Ort des Lagers trägt, am wenigsten leisten könne. Diese Gründe sind berechtigt und haben auch, wie neueste Informationen der zuständigen Behörden bestätigen, Anerkennung gefunden. Allgemein wird versichert, man sei eifrig dabei, in der Frage des Bensheimer Lagers eine schnelle Klärung herbeizuführen.

Das Arbeitsministerium hat sich seit einigen Wochen zu einer Maßnahme entschlossen, die einen Erfolg verspricht. Seit Ende Februar sitzt im Lager ein Vertreter des Landesarbeitsamtes, der versucht, die Lagerinsassen einer dauernden Beschäftigung zuzuführen. Zumeist werden die Arbeitnehmer in ihre Berufe vermittelt, sie kommen auch in großen («ninnen zum Einsatz oder werden der Landwirtschaft zugewiesen. Sie erhalten, ehe sie ihre Arbeit antreten, einen Arbeitsanzug und ein Paar Schuhe. Besondere Schwierigkeiten macht die Unterbringung der neuen Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, aber auch hier hofft man, bald Abhilfe schaffen zu können. Der Vertreter des Landesarbeitsamtes versichert, daß von seiner Seite aus mit größter Geduld und Nachgiebigkeit vorgegangen werde. Niemand kann zur Arbeit gezwungen werden. Aber man hofft, daß bis Mai alle Bewohner des Lagers eine Arbeit annehmen werden. Vielleicht ist es auf diesem Wege möglich, das Problem des Ausländer-Lagers in Bensheim-Auerbach ohne Gewaltmaßnahmen zu lösen, ohne daß einmal der Vorwurf laut werden könnte, man habe es bei den ehemaligen Insassen des Lagers an dem nötigen Verständnis und guten Willen zur Unterstützung und Hilfe fehlen lassen. Kwr“

Aus einem weiteren Zeitungsartikel („Die Neue Zeitung“ vom 14.8.1950), der die allgemeine Problematik der Betreuung von DP-Lagern schildert.

„Neue Rechte und Pflichten für DP's“

Erste Erfahrung nach der Übernahme der DP-Lager in deutsche Verwaltung

Auszugsweise Zusammenfassung:

- Die Ausländerlager werden unter deutsche Verwaltungen gestellt.
- Heimatlose Ausländer genießen alle Rechte und Pflichten des deutschen Grundgesetzes und stehen unter deutscher Gerichtsbarkeit.
- Flüchtlinge können nur noch beschränkt auswandern.
- Schwierigkeiten bereitet die Beschaffung von Arbeitsplätzen, da deutsche Arbeitgeber Vorbehalte gegen Lagerinsassen haben
- Von den 30 % Arbeitsfähigen im Lager haben 15 % einen Arbeitsplatz
- Die Gründung einer selbständigen Existenz scheitert meist am Geldmangel.
- Alle DP's erhalten ein festes monatliches Taschengeld von 12 DM für jede einzelne Person oder Familienvorstand, und je 6 DM für jedes weitere Familienmitglied.
- Da die Verpflegung nicht immer nach dem Geschmack der DP's war, beschloß das Sozialministerium die Verpflegung in eigene Verwaltung zu stellen.
- Für eine erwachsene Person (2230 Kalorien pro Tag) erhält das Lager den Betrag von 1.20 DM täglich.
- Im Lager werden Kindergärten und Krankenhäuser eingerichtet.

6.5 Das Lager im Schriftwechsel von Behörden und Verwaltungsstellen

Der nachfolgende Polizeibericht vom 12.10.1948⁶ gibt ein anschauliches Beispiel für die vielfältigen Probleme, mit denen sich Stadtverwaltung und Polizei in der Zeit nach der Währungsreform auseinander zusetzen hatten.

An einigen Stellen nimmt dieser Bericht auch Bezug auf die Situation in den Lagern Bensheim und Auerbach.

Polizeiverwaltung

Bensheim, den 12. Oktober 1948

Betr.: Getroffene Maßnahmen zur Bekämpfung des Schwarzmarktes.

Bezug: Anfrage der LDP-Fraktion für die nächste Stadtverordnetensitzung.,

Herrn Bürgermeister Treffert

B e n s h e i m

Zur Bekämpfung des Schwarzmarktes wurde inzwischen folgendes veranlaßt:

Zwischen mir und Herrn Oberst Peters, als Chef der SMP in Bensheim-Auerbach, wurde eine Besprechung geführt, wonach von der SMP mit der hiesigen Polizei verstärkte Kontrollen an den DP-Lagern durchgeführt werden sollen. So wurde mir zugesagt, und so fährt die hiesige Polizei laufend zu jeder Tages- und Nachtzeit mit der SMP die Straßen an den DP-Lagern ab, was schon zu sehr guten Erfolgen führte, die ich am Schlusse in der Gesamtbeschlagnahmeaufstellung mit anführe. Außerdem werden diese Unterkünfte, -wie die ganze Zeit schon- von der Kripo und Außendienstpolizei überwacht.

Am 9.9.48, anlässlich eines Besuches des Herrn Ministerialrates Stürmer bei der hiesigen Stadtverwaltung, als Leiter der Abteilung III, für öffentliche Sicherheit in Wiesbaden, wurden, ihm in Verbindung mit Herrn Bürgermeister und mir, die hier herrschenden Zustände betr. Schwarzmarkt, persönlich vor Augen geführt und er gewann die Überzeugung, daß noch nicht einmal 200 Polizeibeamte das große zerstreut liegende Gebiet überwachen könnten. Er versicherte uns dann, daß er in dieser Angelegenheit mit Herrn Innenminister Zinnkamm. und den maßgebenden Herrn der Landesmilitärregierung Rücksprache nehmen wolle.

Am 17.9.43, gegen 14,00 Uhr, erschien dann auf meinem Büro Mister Thomson von der Landesmilitärregierung Wiesbaden, der sich ebenfalls nach dem Schwarzmarkt erkundigte und mich eingehend über die augenblickliche Lage des Schwarzmarktes befragte. Er frug ferner über die derzeitige Stärke der DP's, ihre Unterbringung und die allgemeinen Verhältnisse.

Auch erkundigte sich Mister Thomson über das Regierungsauffanglager in Bensheim Auerbach, worüber ich ihm auch die schrecklichsten Zustände in Bezug auf die dort untergebrachten Polen schilderte. Mister Thomson machte sich über alles Aufzeichnungen und erklärte, er wolle dies seinem Chef unterbreiten. Am gleichen Tage, gegen 15.30 Uhr, war aufgrund einer Vereinbarung mit Herrn Ministerialrat Stürmer, eine Besprechung im Regierungsauffanglager in Bensheim-Auerbach mit Herrn Minister des Innern Zinnkamm und verschiedenen anderen Herrn des Ministeriums, des Regierungspräsidiums und des Landratsamtes angesetzt, an der Herr Bürgermeister Treffert, Herr Beigeordneter Seidel und ich teilnahmen. Anschließend führte die Fahrt an den DP-Lagern vorbei und die Herrn wurden über die Lage des Schwarzmarktes genauestens informiert. Während eines kurzen Haltens in der Wilhelmstraße vor dem Convikt, konnten sich der Herr Minister und die anderen Herrn selbst über diese Zustände überzeugen. Der Herr Minister hatte sogar Gelegenheit mit dem derzeitigen Chef der Lagerpolizei des DP-Lagers sich zu unterhalten. Er stellte ihm Fragen über die Belegschaftsstärke, Unterbringung u.a., auch frug er, wie lange die DP's noch. mit dem Abtransport nach den Auslande rechnen.

⁶ Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 12 Heppenheim Nr. 18

Nach Abschluss dieser Besichtigungsfahrt kam der Herr Minister selbst zu der Überzeugung, dass bei einer derartigen Unterbringung, Lager, die nach allen Seiten Ein- und Ausgänge haben, eine intensive Überwachung und Bekämpfung des Schwarzmarktes unmöglich sei und diese sich nur stichprobenartig durchführen lasse. Auch versprach er, dies bei den für ihn zuständigen Stellen zur Sprache zu bringen.

Weiter musste auf Anordnung einer amerikanischen Dienststelle von mir noch eine Handlung vorgenommen werden, die aus Sicherheitsgründen in der Sitzung nicht genannt werden darf, da mir von Seiten der amerikanischen Dienststelle „Geheimhaltung“ anbefohlen wurde. Durch die steten Kontrollfahrten mit dem SMP ist schon, wie anfangs erwähnt, eine wesentliche Besserung eingetreten, trotzdem werden aber immer wieder Deutsche erwischt, die sich Schwarzmarktware in den Unterkünften kaufen. Feststellungen haben ergeben, dass es sich bei den ertappten Personen meistens um weniger bemittelte handelt, während die besser gestellten sich die Schwarzmarktware in ihre Wohnung bringen lassen.

Eine Veröffentlichung der Personen, die auf dem Schwarzen Markt einkaufen, kann von hiesiger Dienststelle nicht durchgeführt werden, da die Polizei nur Ermittlungen führt, während die Bestrafung wegen Steuerhinterziehung wegen Steuerhinterziehung vom Zollamt Bensheim vorgenommen wird, sofern sich nicht noch das Militärgericht dazwischen schaltet. Es ist nicht richtig, wenn man eine Person öffentlich anprangert, bevor ein richterliches Urteil gefällt ist. Man konnte die Wahrnehmung machen, dass schon manche Beschlagnahme, die von der hiesigen Polizei durchgeführt, wieder von den Gerichten aufgehoben wurde, weil der Angeklagte das Beweismaterial über den rechtmäßigen Erwerb erbrachte. Ich erinnere nur 6000 Zigaretten, die zwei Polizeibeamte in Bensheim am Bahnhof beschlagnahmten. Der Schwarzhändler bot den Polizeibeamten sofort 3000 Stück an, wenn sie ihn freiließen. Keiner der beiden Polizisten ließ sich darauf ein, sondern ließen die Sache vor das zuständige Gericht kommen, das dann den Schwarzhändler freisprach und die 6000 Stück Zigaretten zurückgab. Ich habe hier nur einen Fall angeführt, könnte aber noch einige bringen. Hätte man also den Namen der betreffenden Person vorher veröffentlicht, so wäre ihm Unrecht getan worden und die hiesige Polizei-Dienststelle könnte dann belangt werden.

Es ist von einer Gemeinde bekannt, dass diese ähnliche Fälle, ohne vorherige Aburteilung der Personen, veröffentlichte. Die Betroffenen legten Beschwerde ein, weil rechtsgültige Gegenbeweise erbracht werden konnten. Die betr. Gemeinde muß jetzt den Schäden der Ehrverletzung wiedergutmachen. Eine Veröffentlichung könnte höchstens vom Zollamt Bensheim oder von der Militärregierung vorgenommen werden, sobald die betr.

Schwarzhändler ihren Strafbescheid erhalten haben. M.E. wirkt es abschreckender, wenn die Öffentlichkeit erfährt, mit welchen Strafen der Beschuldigte wegen seiner strafbaren Handlung, die allerdings mit bekannt gegeben werden müsste, belegt wurde, als wenn sie nur erfährt, es wurden der und der Person diese und jene Artikel wegen Schwarzhandel beschlagnahmt. Wie ja selbst von den maßgebenden Stellen schon gesagt wurde, kann der hiesige Schwarzmarkt nur stichprobenweise kontrolliert werden.

Mag zugegeben werden, dass der eine oder andere Artikel in größeren Mengen mit den schon oft erwähnten Transportmitteln in die Lager gebracht wird, so muss aber auch zum Ausdruck gebracht werden, dass die Angehörigen des DP-Lagers bis zu 75 % der hier ankommenden Care-Pakete erhalten und außerdem noch über das Zollamt und durch die Post noch weitere Liebesgaben empfangen. Diese enthalten wie ja bekannt ist, alle Fett, Kaffee, Schokolade und ähnliches. Eine weitere Zuteilung von Lebensmitteln aller Art, unter anderem erhält jeder Lagerbewohner monatlich 3-4 Stangen Zigaretten von der jüdischen Wohlfahrtsorganisation. Das sind zusammengefasst derartige Mengen, dass es der einzelne Mann bzw. die Familie für sich nicht verbrauchen kann.

Vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet muß auch zugegeben werden, dass Personengruppen, die schon jahrelang an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen, auch ab

und zu mal gerne etwas anderes essen oder sich etwas zusätzliches beschaffen möchten, was bei der Gemeinschaftsverpflegung nicht zur Verteilung kommt. So kommen dann sehr viele von diesen Leuten auf den Gedanken des Tauschhandels, oder setzen von der Liebesgabenware um und kaufen sich dann für das Geld Lebensmittel und sonst zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsartikel. Es ist ja auch bekannt, dass Liebesgabenempfänger ihre Ware, die sie von Verwandten erhalten, vertauschen oder verkaufen können, ohne dass sie sich dabei strafbar machen. Es wird hierbei absolut nicht bestritten, dass auch manche unrechtmäßig in die Lager überbrachte Ware von den Angehörigen verkauft wird. Bei dieser auseinandergesetzten Unterbringung lässt sich unter keinen Umständen eine ständige Kontrolle durchführen.

Nach Rücksprache mit der Lagerleitung wurde wenigstens erreicht, dass die Lagerinsassen sich nicht mehr so zahlreich auf den Straßen vor den Unterkünften aufhalten und dadurch das vorübergehende Publikum nicht mehr so oft angesprochen wird. Es konnte von der hiesigen Polizei die Feststellung gemacht werden: Ein DP-Angehöriger, der eine deutsche Person ansprach und Waren anbot, wurde der Lagerleitung gemeldet und er wurde dann auf einige Tage eingesperrt. Auch die Lagerleitung ist bemüht, an der Bekämpfung des Schwarzmarktes mitzuhelpen, aber auch für diese ist die Überwachung dieser 1000-köpfigen Belegstärke nicht möglich.

Nur durch Mitarbeit der Bevölkerung – auch von Mitgliedern des Stadtrates – kann in Verbindung mit der hiesigen Polizei eine intensivere Überwachung durchgeführt werden. Obwohl in der letzten Stadtratssitzung darauf hingewiesen wurde, musste bis jetzt festgestellt werden, daß sich noch niemand dafür hergegeben hat.

Es muß weiterhin berücksichtigt werden, dass der Polizei Bensheim nicht allein die Bekämpfung des Schwarzmarktes, sondern auch die Bekämpfung des Verbrechertums obliegt.

Wie auch weiterhin bekannt, hatte die hiesige Polizei ihre besondere Arbeit mit den 40-50 polnischen Insassen des Reg.-Auffang-Lagers in Bensheim-Auerbach in den vergangenen Monaten. Wiederholte Razzien, in den frühen Morgenstunden, schafften auch hier einigermaßen Ordnung. An einem Morgen wurde allein von der hiesigen Polizei 15 Polen vorläufig festgenommen und dem Militärgericht vorgeführt, das diese dann zu 2-4 Monate Gefängnis verurteilte. Während der Gerichtsverhandlung stellten diese Polen bei dem amerikanischen Richter einen Antrag auf Misshandlung von der hiesigen Polizei und forderten Bestrafung der gesamten an der Razzia beteiligten Polizeibeamenschaft. Auf Grund des guten Rufs der Bensheimer Polizei bei den amerikanischen Dienststellen wurde dem Antrag nicht stattgegeben.

Man muß auch bedenken, dass die DP's sowie die ausländischen Lagerinsassen des Reg.-Auffang-Lagers unter dem Schutze der alliierten Mächte stehen, für die die deutsche Gerichtsbarkeit nicht zuständig ist, und diese Leute mit größter Vorsicht zu behandeln sind. Außer den Überwachungen der Lager, der Bahnhöfe usw. war die Polizei auch zur Unterstützung der Feldpolizei eingesetzt, damit die Stadt die Ausgaben für die Feldhilfspolizei einsparte.

Es ist dabei daran zu denken, wenn die Polizei für derartige Überwachungen Verwendung findet, dass dann andere dienstliche Belange notleiden. Jetzt werden aber außerdem von der hiesigen Polizei die wöchentlichen Verkehrs- und Fahrzeugkontrollen verlangt; es soll weiterhin der Durchgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen durch die Hauptstraßen überwacht werden. Ferner soll die Polizei auf Straßenreinigung achten, spielende Kinder sollen von verkehrsreichen Straßen und Plätzen verwiesen werden; dort wo Ruhestörung, Sachbeschädigung und dergleichen verursacht werden, müssen die Kinder und die Erziehungsberechtigten festgestellt werden.

Bei einer Stärke von 24 Mann uniformierter Polizei, die im 3-Schicht-Dienst arbeitet, und sechs Kriminalbeamten, wovon 1 Beamter die anfallende Arbeit der

Gewerbeüberwachung (also Lebensmittelproben, Milchproben, Überprüfung der Geschäfte nach hygienischer Seite hin, Durchführung von Vernehmungen für die Unfall-Berufsgenossenschaften) tätigt, ist der Etat bestimmt nicht zu hoch. Nach Titel 9 der Mil.Reg. darf diese Arbeit von der Polizei überhaupt nicht mehr ausgeführt werden, sondern muß eine besondere Stelle bei der Stadtverwaltung geschaffen werden. Weiter muß daran gedacht werden, dass beamte zu Gerichtsverhandlungen als Zeuge oder Wortführer kommandiert werden, was sehr oft der Fall ist. Bei zwangswiseer Wohnungseinweisung muß zum Schutz des Wohnungsbeamten jedes Mal 1 oder 2 Polizeibeamte mitgegeben werden, was in letzter Zeit sehr oft der Fall ist. Jeden 1. und 3. Dienstag- und Donnerstagnachmittag sind 2 Beamte bestimmt, die die Prüfungen zum Erwerb des Führerscheins Klasse IV abnehmen müssen, wo durchschnittlich 5-10 Prüflinge erscheinen.

Ferner hat jeder Beamte, auch wenn er dienstfrei hat, an der 1 mal in der Woche nachmittags und abends stattfindenden Beschlüsse teilzunehmen, wobei in dieser Zeit man dann auch niemand auf der Straße sieht. Auch hat der beamte Anspruch auf Urlaub oder es ist der eine oder andere einmal krank und der Dienstbetrieb soll und muß ordnungsgemäß weiterlaufen. Jeder einzelne Fall benötigt aber auch zur Ermittlung einige Tage Zeit. Ich erinnere nur an den letzten Raubüberfall, wo eine Person von 2 unbekannten Tätern überfallen wurde und die Täter nahmen dem Überfallenen ca. 1300.- DM ab. Mit der Aufklärung waren von der hiesigen Polizei 1 uniformierter Beamte und 2 Kriminalpolizisten beschäftigt, die nach 4 tagen die Ermittlungen abgeschlossen hatten und der eine Täter an der Schweizer Grenze von der Bensheimer Polizei geschnappt wurde. Ein weiterer Fall musste auf Anordnung der Amerikaner von der hiesigen Polizei geklärt werden. Auch hier waren 2 Krim.-Beamte mit beschäftigt, wo einem amerikanischen Soldaten von einem deutschen Mädel 140 Dollar gestohlen wurden, die unter den Dachsparren versteckt waren. Ferner beschäftigte sich die hiesige Kriminalpolizei in den letzten tagen mit einer Rollschuhkünstlertruppe, die auf ihren Wanderpersonalkarten mehrmals Lebensmittelkarten und Kopfgeld bezogen. Diese ließen sich für den mehrfachen Bezug mehrere Stempel von verschiedenen Behörden und Dienststellen anfertigen. Es waren so viele Stempel, dass ein doppelter Aktenbogen nicht ausreichte, um diese abzudrucken. Die Suche nach diesen Stempeln und die gesamte Aufklärung nahm ebenfalls einige tage in Anspruch. Derartige Fälle kommen wöchentlich öfter vor, wozu die Kriminalpolizei noch unzählige Ermittlungen und Vernehmungen auf Ersuchen einzelner Staatsanwaltschaften und anderer Polizeidienststellen terminmäßig durchführen muß, so daß der größte Teil der Dienststunden mit Schreibarbeiten ausgefüllt ist. Daß von der hiesigen Polizei eine gute Arbeit geleistet wird, zeigen die monatlichen Statistiken, die vom Landeskriminalpolizeiamt Wiesbaden herausgegeben werden. Es kann dadurch festgestellt werden, dass die Bensheimer Polizei fast durchweg im Reg.-Bezirk Darmstadt an 3. oder 4. Stelle steht und eine Aufklärungsziffer von 60 – 80 % aufweisen kann, bei einer wesentlich niedrigeren Polizeistärke gegenüber anderen Städten und Gemeinden.

Wenn jetzt im Anschluß die Zahlen bekanntgegeben werden, was in der Zeit vom 2. September 48 bis heute nur an Schwarzmarktware beschlagnahmt wurde, darf doch gesagt werden, dass bei der stichprobenweisen Kontrolle – da ja eine ständige Überwachung nicht durchgeführt werden kann – eine beträchtliche Menge dem Schwarzmarkt entzogen wurde.

Delarue
-Polizeiinspektor-⁷

Eine Liste von jüdischen Schwarzmarktpreisen⁸ :

⁷ Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 12 Heppenheim Nr. 18/673

⁸ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Abt. 649

Diese Liste wurde von der deutschen Polizei erstellt und musste regelmäßig an die Militärregierung durchgegeben werden. Auch nach der Einführung der D-Mark blieb der Schwarzmarkt bestehen. Die Juden verkaufen ihre Rationen unter den Preisen der Läden.

Schwarzmarktpreise Stand vom 1.2.1949

Terminmässige Durchgabe 14täglich, an die Militärregierung in Heppenheim

| | | | |
|------------|--------------|-------------|----------------|
| Dollar | 13.- DM | Fleisch | 1 kg. 12.- DM |
| Scrips | 10.- " | Brot (weiss | 1 " 2,40 " |
| Zigaretten | 5.- " | Butter | 1 " 22.- " |
| Rohkaffee | 1 kg. 18.- " | Schuhes | |
| Schokolade | 3.- " | Anzüge | 200 - 230.- DM |
| Kakao | 1 " 26.- " | | |

/Scha.

Stand vom 16.2.1949

| | | | |
|------------|--------------|-----------|---------------|
| Dollar | 10.-DM | Fleisch | 1 kg. 10.- DM |
| Zigaretten | 4,70 " | Margarine | " " 10.- " |
| Rohkaffee | 1 kg. 18.- " | | |
| Schokolade | 2,60 " | | |
| Kakao | 1 " 25.- " | | |

/Scha.

Stand vom 2.3.1949

| | | | |
|------------|-------------|-----------|--------------------|
| Dollar | 7,20 DM | Margarine | 1 kg. 10,- 11,- DM |
| Scrips | 6,20 " | | |
| Zigaretten | 2,50 - 3,- | | |
| Rohkaffee | 1 Kg. 18,- | | |
| Schokolade | 1,50 - 2,20 | | |
| Kakao | 1 " 16,- | | |

/Scha.

Stand vom 15.3.1949

| | | | |
|------------|----------------|-----------|----------------|
| Dollar | 8,40 DM, | Margarine | 1 Kg. 11.00 DM |
| Scrips | 7.- ", | | |
| Zigaretten | 3. - 3,20 ", | | |
| Rohkaffee | 1 Kg. 24,00 ", | | |
| Schokolade | 1 Kg. 12,00 ", | | |
| Kakao | 1 Kg. 24,00 ", | | |

/Scha.

6.6 Die Diskussion um die Übernahme der Nationaltschechen

Auf den nachfolgenden Seiten werden wesentliche Teile des Schriftwechsels dokumentiert, den über- und untergeordnete Verwaltungsstellen wegen der bereits im Mai 1950 angekündigten Unterbringung von etwa 600 Nationaltschechen im Auerbacher Lager führten.⁹

⁹ Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 502

Wiesbaden, den 3. Mai 1950.

Eich!

Betr.: Übernahme von tschechischen Flüchtlingen aus dem Valka-Lager nach Hessen.

Herrn Staatssekretär vorgelegt.

84/ B.5.

905/ M 75

Nach heutiger fernenmündlicher Mitteilung von Herrn Min.Dir. Dr. Nahm und anliegendem Vermerk ist die Besichtigung der Babenhausener Kaserne negativ verlaufen. Es werden nur Nebengebäude mit Lagerhallen und Stallungen für etwa 1 Jahr freigegeben. Nach einem Jahr kann die Besatzungsmacht die Gebäude wieder anfordern. Die Baulichkeiten sind in einem trostlosen Zustand und würden mit Umbau- und Einrichtungskosten einen Aufwand von ca. 250.000.- DM erfordern. Die Herrichtung würde m.E. auch länger als 2 Monate dauern. In dem einzigen z.Zt. brauchbaren Gebäude können nur 100 Personen untergebracht werden.

Die Landesregierung sieht sich nun vor die Alternative gestellt, entweder

1. bei dem Landeskommisar das z.Zt. kaum belegte chem. Judenlager Bensheim-Auerbach anzufordern oder
2. auf die Kasernen im Bezirk Kassel zurückzugreifen, auf die das Landeskommisariat hingewiesen hat.

Die seinerzeit freigegebenen Kasernen im Raum Kassel sind bzw. sollen zum Teil für Kasseler Behörden und Wohnungen nutzbar gemacht werden. Ein Teil soll noch nicht ausgenutzt sein. Die Unterbringung im Raum Kassel, so meint Min.Dir. Dr. Nahm, bringt allerdings auch wieder politische Fragen mit sich.

M.E. ist es notwendig, die Angelegenheit anlässlich der Kabinettsitzung am 3.5.1950 mit dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn Minister der Finanzen (der die Kasernen als ehemaliges Wehrmachtseigentum verwaltet) zu besprechen. Das Landeskommisariat dringt auf schnellste Entscheidung. Ich habe Min.Dir. Dr. Nahm gebeten, dem Herrn Minister des Innern für die morgige Sitzung Unterlagen über die Kasseler Möglichkeiten vorzubereiten.

Min. Dr. Pischler (MAF), den ich ebenfalls orientierte, bestätigte ihm die mangefunde Orientierung, welche das Finministerium Dr. Böse bisher nicht, solche Ausprägung der Landesflüchtlingsbehörde nun förmlich stellen will. Ich habe ihm gesagt, noch vor der Sitzung mit Dr. Nahm zu sprechen.

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Wiesbaden, 5. Mai 1950

Bettensackstraße 3
Sammelruf: 59281
MD II/D

5.5.50 17-^{OP}-A

Aktenzeichen: - MD. II -
(In der Antwort anzugeben.)

Betr.: Aufnahme der 600 Tschechen

An
den Herrn Ministerpräsidenten
des Landes Hessen

Wiesbaden

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei 1 Q. 5. 50
erh. 5/5. 5/ IML-108113
M. 50

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident !

Auf Grund der um 11,50 Uhr an mein Büro gelangten Benachrichtigung durch Fr. SCHLEGEL muss angenommen werden, dass man uns zur Aufnahme der 600 Tschechen zwingt.

Um einer Zwangsmassnahme gewachsen zu sein und dennoch das nordhessische Notstandsgebiet nach Kräften zu schonen, habe ich Vorbereitungen zu folgender Regelung getroffen:

- 1.) Die annähernd 100, z.Zt. im Lager Bensheim-Auerbach sitzenden, aus Westeuropa legal und illegal zurückgekehrten, DP's werden in das nur zum Teil besetzte Ausländerlager Ostland, Kreis Eschwege überführt.
- 2.) Das Lager Bensheim-Auerbach wird für die Unterbringung der Tschechen bereitgestellt.

Mit dieser Lösung ist allerdings das Auffanglager für jene DP's, die aus dem Ausland zurückkehren oder die laufend aus der IRO-Betreuung entlassen werden, blockiert; für diese Zwecke wird dann ein kleineres für die Unterbringung der aus den polnischen Verwaltungsgebieten und der Tschechoslowakei kommenden Volksdeutschen vorgesehenes Lager herangezogen werden müssen.

Um einen Überblick über noch verbleibende Möglichkeiten zur Unterbringung der Volksdeutschen zu gewinnen, bitte ich ergebenst, mir die Ihnen von der Liegenschaftsverwaltung des Finanzministeriums übermittelte Aufstellung zugänglich zu machen.

Von Ihnen: 1) Herr Ministerpräsident mit vorzüglicher Hochachtung
2) Liegenschaftsverwaltung für frühere
Gebäude

3) Ihrem Nachkabinetts Bericht von
getreuen.

I.V.
P-Wilhelm

Amt des Amerikanischen Hohen Kommissars für Deutschland
Dienststelle des Landeskommisärs für Hessen

APO 633

Der Hessische Ministerpräsident

Staatskanzlei I/42-1e/81
- 5. Mai 1950

KM 1159/50

Wiesbaden, Deutschland

5. Mai 1950

eingeg. 5.5.50 11³⁵ erl. 8⁷⁵

15³⁰

Herrn Christian Stock
Ministerpräsident von Hessen
Wiesbaden, Deutschland

f. er

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihr Schreiben vom 4. Mai 1950 betr. die Verlegung von 600 tschechoslowakischen Flüchtlingen von dem Valka-Lager nach Hessen muß ohne Rücksicht auf mein Schreiben vom 2. Mai 1950 verfasst worden sein, in dem Sie gebeten wurden, diese Verlegung nicht länger hinauszuschieben. Im Besitz Ihres Briefes finde ich es notwendig, Ihre Aufmerksamkeit auf gewisse darin enthaltene Erklärungen zu lenken, die nicht den Tatsachen entsprechen.

Ein Teil der Babenhausener Kaserne ist Ihnen unter den in meinem Schreiben vom 2. Mai 1950 dargelegten Bedingungen zur Verfügung gestellt worden. Am 1. Mai 1950 unternahmen Vertreter der Armee, IRO, der Darmstädter Residierenden Dienststelle, Ihrer Dienststelle und meiner Dienststelle eine Besichtigung in Babenhausen. Im Gegensatz zu der in Ihrem Schreiben enthaltenen Erklärung teilt mir Mr. Peter Stanne mit, daß seiner Ansicht nach Ihre Dienststelle diese Anlagen sofort herrichten sollte, besonders da der Gedanke der Benutzung dieser Grundstücke in Ihrer Dienststelle entstand, wenn er auch dafür eintrat, daß eine geeigneter Unterbringung gefunden werden sollte. Sollten Sie diese Gelegenheit nicht benutzen, nachdem Ihnen mitgeteilt worden ist, daß die Grundstücke zu Ihrer Verfügung stehen, so könnte dies den Eindruck erwecken, daß Ihre Bitte um diese Grundstücke nicht in gutem Glauben erfolgte.

Sie wurden falsch informiert, als man Ihnen sagte, daß Ihnen "lediglich die völlig demolierten ehemaligen Stallungen und Gerätträume angeboten würden", und daß eine bauliche Herrichtung notwendig sein würde. Tatsächlich werden Ihnen zwei grosse Kasernenartige Gebäude (geschätztes Fassungsvermögen 350), ein ehemaliges Offiziershaus (geschätztes Fassungsvermögen 50), eine Holzbaracke (geschätztes Fassungsvermögen 100), ein ehemaliges Lagerhaus (geschätztes Fassungsvermögen 50), ein ehemaliges Theatergebäude und mehrere Stallgebäude angeboten. Wenn es auch anerkannt wurde, daß die Gebäude verschiedene Grade der Wiederherrichtung erfordern würden, so war doch zum mindesten ein Gebäude (Fassungsvermögen 100) am Tage der Besichtigung mit verschleppten Personen belegt, ist aber jetzt geräumt und für sofortige Belegung geeignet. Die anderen Gebäude könnten sehr schnell hergerichtet werden, um die gesamten 600 unterzubringen. Die von Ihnen erwähnten Stallungen sind zusätzlich und waren früher von der IRO für Unterkunfts- und Kesserräume benutzt worden.

Im Hinblick auf das Vorstehende und entsprechend unserem Schreiben vom 27. März 1950 sehen wir keinen Grund für einen weiteren Aufschub dieser Verlegung. Es wird empfohlen, daß Sie von IBA und jeder sonstigen geeigneten Ihnen sofort zur Verfügung stehenden Gelegenheit Gebrauch machen. In der Zwischenzeit können Sie die Gebäude in Babenhausen herrichten, um das Fassungsvermögen zu erweitern und weitere Flüchtlinge in dieser Kategorie, die diesem Land zugewiesen werden könnten, unterzubringen.

Ihr sehr ergetener

gez. James R. Neumann
Landeskommisär für Hessen

E N T W U R F

10. Mai

I/AL 2 • 08/27

Wi/Schm

An das

Abgesandt f
10. Mai 1950

Amt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland
Dienststelle des Landeskommisärs für Hessen

Herrn Dr. J. R. E w m a n

Wiesbaden
Landeshaus

Betr.: Überführung von tschechoslowakischen Flüchtlingen
aus dem Valka-Lager nach Hessen.

Bekzug: Ihr Schreiben vom 5. Mai 1950.

Sehr geehrter Herr Dr. E w m a n!

Ich bin heute in der Lage, Ihnen mitszuteilen, dass die Landesregierung beabsichtigt, die angekündigten Flüchtlinge tschechischer Nationalität in dem Lager Bensheim-Auerbach unterzubringen. Die Vorbereitungen hierfür sind schon soweit getroffen, dass die Aufnahme in Kürze beginnen kann. Der Landesflüchtlingsdienst wird in der kommenden Woche Besprechungen mit den bayerischen Regierungsstellen über die Einzelheiten der Übernahme haben. Von deutscher Seite wird alles getan, um die Übernahme baldigst zu vollziehen. Diese Ausweichmöglichkeit wird allerdings einige Schwierigkeiten für die Unterbringung derjenigen DP's bereiten, die aus dem Ausland zurückkehren oder die laufend aus der IRO-Betreuung entlassen werden. Das Lager Bensheim-Auerbach

- 2 -

wird für diese Personen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Landesregierung wird deshalb für diese Personen auf ein Lager angewiesen sein, das für die aus den polnischen Verwaltungsbereichen und aus der Tschechoslowakei kommenden Volksdeutschen vorgesehen ist.

Mit vorsichtiglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

2/ Brößler

(Stock)

A b s c h r i f t

Bensheim, den 12. Mai 1950

Herrn
Minister Z i n n k a n n
W i e s b a d e n
Innenministerium

Sehr geehrter Herr Minister!

Durch Rundfunk und Presse erfahre ich, daß beabsichtigt ist, in dem offenen Lager in Bensheim-Auerbach 600 Tschechen unterzubringen. Wie mir auf eine Anfrage die Lagerleitung mitteilt, waren Herr Regierungsdirektor Dr. Nahm und Herr Regierungsrat Heddäus im Lager Auerbach, um die nötigen Anweisungen zu erteilen. Es wird mir bestätigt, dass bis Dienstag, den 16. 5. das Lager bereits geräumt sein müsse, weil Anfang nächste Woche bereits die Tschechen eintreffen sollen.

Die Stadtverwaltung Bensheim muss ihrem Erstaunen darüber Ausdruck geben, dass diese Massnahmen getroffen werden, ohne dass ihr bis heute von irgend einer amtlichen Seite davon Mitteilung gemacht worden ist. Man kann doch nicht in eine Stadt 600 Tschechen einweisen, ohne wenigstens vorher den Bürgermeister davon in Kenntnis zu setzen.

Die unhaltbaren Zustände im Lager Auerbach sind Ihnen Herr Minister durch eigene Thaugenscheinnahme genau so bekannt wie Herrn Regierungsdirektor Dr. Nahm und Herrn Regierungsrat Heddäus. Sie alle hatten Gelegenheit, sich von den unhaltbaren Zuständen im Lager mehrmals persönlich zu überzeugen. Diebstahl, Raub, Plünderungen, Mord waren damals im Ausländerlager in Auerbach an der Tagesordnung. Auch massgebliche Herrn der amerikanischen Militärregierung haben sich von den unhaltbaren Zuständen im Lager überzeugt. Durch den Abzug der Ausländer und durch den Verbleib eines Restes von Insassen war eine Besserung eingetreten. Herr Dr. Nahm hatte uns bestimmt in Aussicht gestellt, dass das Lager als Durchgangslager für Flüchtlinge benutzt werden soll. Nun kommt die Nachricht wie ein Blitz aus heiterem Himmel, dass schon in wenigen Tagen 600 Tschechen ihren Einzug halten sollen.

Ich weise darauf hin, dass Bensheim durch den Krieg und in der Nachkriegszeit besonders schwer gelitten hat. Abgesehen davon, dass unsere Stadt kurz vor Kriegsende verbombt wurde, wurden dann noch zahlreiche Häuser von der amerikanischen Besatzungsmacht in Anspruch genommen. Hunderte von Polen wurden in Schulen und Gasthäusern untergebracht. Als die Polen abzogen, erhielten wir zu den 2500 Flüchtlingen und 3500 Evakuierten 1000 DP's. Sechs Schulen waren dadurch mehrere Jahre blockiert. Unsere Schulverhältnisse waren dadurch katastrophal. Durch Freigabe einiger dieser Häuser kann jetzt wieder langsam der Schulunterricht normal entwickelt werden. Die Zustände haben sich etwas gebessert und Bensheim sowie Auerbach könnten etwas beruhigter in die Zukunft sehen und besonders sich wieder als bekannte Kurorte entwickeln.

Alle diese Pläne werden nun durch die Unterbringung der 600 Tschechen zerschlagen. Es ist bekannt, dass das Lager völlig offen ist, dass die Tschechen bei Tag und Nacht ohne Kontrolle das Lager passieren können. Die Folge wird sein, dass bei der

- 4 -
jetzt zu erwartenden Obst- und Gemüseernte die Diebstähle überhand nehmen und dass wieder Raub und Plünderei an der Tagesordnung sind.

Bei den Flüchtlingen in Bensheim befinden sich zahlreiche Sudetendeutsche. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung haben sudetendeutsche Stadtverordnete geschildert, wie sie durch die Nationaltschechen gelitten, wie sie behandelt, terrorisiert und bis zu Tode gequält wurden. Die Flüchtlinge haben bereits zu einer Protestversammlung heute Abend aufgerufen und es steht zu befürchten, dass es hier zwischen Sudetendeutschen und Tschechen zu Täglichkeiten kommen wird. Die Polizei wird dieser Dinge nicht gewachsen sein. Eine Vormehrung der Polizei ist aus finanziellen Gründen nicht möglich, besonders weil die Polizeikostenzuschüsse rückwirkend ab 1. 10. 49 gekürzt wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung, die gestern tagte, hat mich beauftragt, schärfsten Protest einzulegen und alles zu tun, um die geplanten Maßnahmen noch aufzuhalten. Die Verantwortung für alles was durch die Unterbringung der 600 Tschechen sich ereignet müsste den Stellen zugeworben werden, die dafür verantwortlich sind.

Ich bitte Sie sehr verehrter Herr Minister aufgrund Ihrer persönlichen Kenntnisnahme sich noch einmal dafür einzusetzen, dass dieses Unglück von Bensheim abgewandt wird. Bensheim hat wie keine andere Stadt im Kreis in der Nachkriegszeit Erschwerisse auf sich nehmen und finanzielle Opfer bringen müssen, sodass es jetzt an der Zeit wäre, die Lasten auch einmal gerecht zu verteilen. Über die schwierigen, sozialen und wirtschaftlichen Notstände in Bensheim orientiert eine Denkschrift, die ich Ihnen beifüge. Auch daran mögen Sie erkennen, dass Bensheim in jeder Beziehung übler daran ist wie jede andere Gemeinde im Kreis.

Ich hoffe, dass dieser letzte Hilferuf, der im Namen der Stadtverordnetenversammlung und der gesamten Bevölkerung geschieht, nicht seine Wirkung verfehlt.

Mit vorzüglicher Hochachtung I

